

Ballungszentren. In Frankreich soll auch Einfluß auf die Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze genommen werden. „Die subventionierten Betriebe müssen sich zu einer Übereinstimmung betreffs Quantität und Qualität der neu geschaffenen Arbeitsplätze verpflichten, wobei die Arbeitsämter die Möglichkeit haben, auf die Rekrutierung im Rahmen ihrer Vermittlungsprogramme Einfluß auszuüben.“ (30) Auch die antizyklischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind in einigen anderen kapitalistischen Ländern stärker ausgeprägt als in der BRD. So sollen beispielsweise in Frankreich in Depressionsphasen die Umschulungs- und Weiterbildungskurse für Arbeitslose intensiviert werden, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind vor allem in Schweden eines der Hauptinstrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Nicht nur die Gewerkschaften und demokratischen Wissenschaftler in der BRD, sondern auch die Arbeitsmarktpolitiker in anderen kapitalistischen Ländern haben zumindest teilweise bessere und diskussionswürdigere Alternativen der Arbeitsmarktpolitik anzubieten und zum Teil bereits erfolgreicher praktiziert, als dies die offiziellen Vertreter der hiesigen Wirtschaftspolitik wahrhaben möchten. Diese Alternativen aufzuzeigen, hilft, nicht vor der andauernden Massenarbeitslosigkeit zu resignieren, und schafft günstigere Voraussetzungen, die bürgerliche Arbeitsmarkttheorie, noch mehr aber die von Kapitalinteressen dominierte Arbeitsmarktpolitik zur Rechenschaft zu ziehen.

30 Ebenda, S. 149.

James O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 83, Frankfurt/M. 1974, Originalausgabe: The Fiscal Crisis of the State, St. Martins Press Inc., New York 1973.

James O'Connor, Professor für Nationalökonomie an der California State University in San Jose, gehört zu dem kleinen Häuflein marxistischer Ökonomen in den USA. Sein Verständnis des gegenwärtigen US-Kapitalismus ist durch Baran-Sweezy's „Monopolkapital“ entscheidend geprägt. Ende der 60er Jahre beteiligte er sich an der Debatte zwischen Pello, Aaronovitch und Baran-Sweezy um die Struktur der herrschenden Klasse in den USA (1); 1970/71 veröffentlichte er unter dem Eindruck der amerikanischen Studentenbewegung zwei Aufsätze, aus denen das vorliegende Buch hervorgegangen ist. (2) Anders als Joseph M. Gillman, dessen Untersuchung über den amerikanischen Wohlfahrtsstaat eindeutig dem Baran-Sweezy'schen Theorem von der „Absorption des Sur-

1 Vgl. J. O'Connor: „Finance Capital or Corporate Capital?“, in: Monthly Review, December 1968.

2 J. O'Connor: „The Fiscal Crisis of the State“, in: Socialist Revolution, No. 1, 2, January, February 1970; ders.: „Inflation, Fiscal Crisis, and the American Working Class“, in: Socialist Revolution, No. 8, March-April 1972.

plus“ folgt (3), kommt O'Connor den zentralen Konzepten der Theorien des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ nahe. Er begreift das von ihm untersuchte und als „Staatskapitalismus“ bezeichnete politisch-ökonomische System der USA als die gegenwärtige Entwicklungsstufe des „Monopolkapitalismus“, in der sich das Monopolkapital nunmehr dank dauernder und stets erweiterter Eingriffe des Staates in allen Phasen seines Reproduktionsprozesses zu erhalten vermag. Zugleich übt er – zumindest in einer methodischen Absichtserklärung – Kritik an der Auffassung des Staates als bloßem Instrument der Monopole und plädiert für eine differenziertere Behandlung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen dem bürgerlichen Staat und den Monopolkapitalisten, so daß er für die Verfechter einer sog. „politischen Krisentheorie“ in der BRD mittlerweile zu einer Art Kronzeuge für die Erkenntnis der Unzulänglichkeit jeder „rein ökonomischen“ Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus avanciert ist. (4)

O'Connors Buch ist, wie er selbst betont, weder eine marxistische Einführung noch ein Handbuch oder ein Quellenwerk zum Studium der Staatsfinanzen im Kapitalismus. Es bietet keine erschöpfende historische und empirische Untersuchung der Staatsfinanzen der USA, und es ist keine umfassende theoretische Untersuchung der „ökonomischen Existenz des bürgerlichen Staates“ im Rahmen der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie. O'Connor will vielmehr, ausgehend vom Studium der Entwicklung in den USA seit Ende des II. Weltkriegs, eine „Theorie des ökonomischen Wachstums“ entwickeln, die auch „auf die Erfahrungen anderer fortgeschrittener kapitalistischer Länder“ übertragbar sein soll. (5) Da in diesem wachstumstheoretischen Versuch der Einfluß der Staatsfinanzen im Zentrum steht, mag es erlaubt sein, sich auf diejenigen Aussagen des Buches zu konzentrieren, die als brauchbare oder gar beispielhafte Beiträge zur Untersuchung der Rolle der staatlichen ökonomischen Aktivitäten in hochentwickelten kapitalistischen Ländern angesehen werden können.

O'Connors zentrales Anliegen ist zu zeigen, daß der Staat in hochentwickelten kapitalistischen Ländern unvermeidlich in eine chronische Finanzkrise gerät, je mehr er gezwungen wird, sich in den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Interesse des Monopolkapitals auf Dauer einzuschalten. Eine dazu erforderliche Budgetanalyse setzt nach O'Connor eine Untersuchung der „soziologischen Grundlagen der ...Staatsfinanzen“ voraus, d. h. der Sektorenstruktur der Volkswirtschaft und der Struktur des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, um „die Prinzipien zu entdecken, die das Volumen und die Verteilung der Staatsfinanzen und -ausgaben sowie die Verteilung der Steuerlast auf die verschiedenen ökonomischen Klassen lenken.“ (11 f./) Das eigentliche theoretische Problem besteht nach O'Connor darin, die „grundlegenden marxistischen ökonomischen Kategorien“ den Problemen der Budgetanalyse entsprechend „anzupassen“ oder zu modifizieren, um begrifflich den

3 J.M. Gillman: Prosperität in der Krise, Frankfurt/M. 1968.

4 Eine explizite Auseinandersetzung mit den Theoremsätzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus – insbesondere mit dem Theorem der sekundären Ausbeutung durch Umverteilung über den Staatshaushalt – findet sich bei ihm nicht. Vgl. zum Konzept einer nicht-ökonomischen Krisentheorie: C. Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972, S. 56, 58, 176, 178, 183, 184; J. Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 52, 57, 78, 79, 81.

5 J. O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, a.a.O., S. 5. Folgende Seitenangaben in Querbalken beziehen sich auf diesen Text.

Phänomenen einer wachsenden, von Monopolen dominierten kapitalistischen Wirtschaft mit permanenter ökonomischer Staatsstätigkeit gerecht zu werden. (6)

Im Gegensatz zur marxistischen und liberalen Denktradition will O'Connor zeigen, daß der Staatshaushalt im Prozeß der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zunehmend „wachstumsfördernd“ wirkt, und daß das Wachstum der Staatsausgaben immer mehr zur notwendigen Bedingung für jegliches Wachstum des Monopolkapitals geworden ist. (7) Zwei revolutionäre Resultate soll die für das Verständnis des modernen Akkumulationsprozesses unumgängliche Budgetanalyse zeitigen: 1. eine Rehabilitierung des Sayenschen Gesetzes, wonach das „Angebot sich seine eigene Nachfrage schafft“, die zur „Korrektur“ der Marxschen wie auch der Keyneschen Krisentheorie nötig; 2. die Erkenntnis, daß an die Stelle der traditionellen zyklischen Überproduktionskrisen zunehmend die permanente Krise der Staatsfinanzen tritt. (8) Zum ersten soll gezeigt werden, daß der moderne bürgerliche Staat, ist er erst einmal zur „Sozialisierung“ privat- und insbesondere monopolkapitalistischer Produktionskosten und -unkosten gezwungen worden, sich unweigerlich mit einem wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sozialisierung weiterer Kosten und Unkosten konfrontiert sieht — Staatsausgaben erzeugen weitere Staatsausgaben —; zum zweiten, daß die Sozialisierung von wachsenden Teilen der privaten Reproduktions- und Akkumulationskosten bei gleichzeitig weitgehender faktischer Steuerfreiheit der Profite insbesondere des Monopolkapitals notwendig zu einer permanenten und wachsenden „strukturellen Lücke“ zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten der bürgerlichen Staaten führt, trotz wachsender Steuerbelastung vor allem der Arbeitseinkommen. Die Ursachen für das fortgesetzte Wachsen der Staatsausgaben, auch für die chronische Finanzkrise sind nach O'Connor in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu suchen, vor allem in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und organisierter Arbeiterschaft als dem „beherrschende(n) soziale(n) Produktionsverhältnis“ in hochentwickelten kapitalistischen Ländern /52, 53, 81/.

Zwecks Untersuchung dieser Entwicklungstendenzen teilt O'Connor die Volkswirtschaft dieser Staaten in „Sektoren“ ein. Er unterscheidet 1. die Gruppe der vom privaten Kapital und die Gruppe der vom Staat organisierten Industriezweige — privater und öffentlicher Sektor; und 2. innerhalb des privaten Sektors die Gruppe der vom Großkapital organisierten Monopolindustrie — Wettbewerbs- und Monopolsektor — und innerhalb des öffentlichen Sektors die Gruppe der unmittelbar vom Staat selbst organisierten Industriezweige und die Gruppe der von privaten Vertragsunternehmen im Staatsauftrag organisier-

6 Ebenda, S. 15 f. Die Übersetzung ist hier falsch. O'Connor spricht nicht nur von „Anwendung“, sondern von „Anpassung“ der Marxschen Kategorien. (J. O'Connor: *The Fiscal Crisis of the State*, New York 1973, S. 6).

7 J. O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, a.a.O., S. 18 f. Insofern markiert sein Versuch einer Budgetanalyse den Beginn möglicher theoretischer Fortschritte über die traditionell marxistischen Standards, den Staat ökonomisch nur global unter dem Gesichtspunkt der Staatsquote und allein als unproduktiven Konsumenten oder als Transferinstanz zu betrachten.

8 Ebenda, S. 20, 39, 319, Fn. 14, 20 f., 61 f. Das Theorem der „Finanzkrise“ ist also weder mit der unter dem Eindruck der Staatsbankrotte in den besiegten Ländern nach dem I. Weltkrieg umlaufenden Rede von der „Krise des Steuerstaats“ noch mit einer Untersuchung der Krise der öffentlichen Finanzen als einem normalen Moment jeder zyklischen Überproduktionskrise zu verwechseln.

ten Industriezweige. (9) Charakteristisch für die Produktionsverhältnisse im Monopolsektor seien: Großproduktion in industriellen Großbetrieben, relativ höchste Kapitalgröße und höchste organische Zusammensetzung des funktierenden Kapitals, relativ höchste Löhne und relativ hoher Anteil hochqualifizierter technischer und administrativer Arbeitskräfte, relativ stabile Unternehmensstruktur und relativ stabile Absatzmärkte, infolgedessen auch relativ stabile Arbeitsnachfrage (dauerhafte Vollzeitbeschäftigung). Nicht „Marktmechanismen“, sondern „politische Kräfte“ seien die wichtigsten Determinanten der Löhne, Preise und Profite im Monopolsektor: Auf Basis bewußt „gemachter“, als Zielgröße von den Unternehmen geplanter Preise und Profite würden die Geldlöhne gemäß einem ständigen Sozialkontrakt zwischen den starken Gewerkschaften und den Monopolunternehmen regelmäßig entsprechend den Steigerungen der Arbeitsproduktivität erhöht. /32-35/ Die Akkumulation des Kapitals im Monopolsektor mache ein überproportionales Wachstum des öffentlichen Sektors notwendig: Einerseits seien immer mehr und immer größere „social costs“ der privatkapitalistischen Produktion, Distribution und Konsumtion entstanden, andererseits seien die privaten Kosten und vor allem die Unkosten der kapitalistischen Produktion (vor allem infolge wachsender Überkapazitäten der Produktion und wachsender überschüssiger Arbeiterbevölkerung) mehr und mehr gewachsen. /38, 39 f., 41 ff./

Um die Wirkung der „Übertragung“ dieser Kosten und Unkosten auf den Staat in bezug auf den Akkumulationsprozeß zu studieren, unterscheidet O'Connor in der Gesamtheit aller Staatsausgaben 1. zwischen „Sozialkapital“ und „sozialen Unkosten“, 2. innerhalb des Sozialkapitals zwischen „Sozialinvestitionen“ und „Sozialer Konsumtion“, die er auch als „soziales konstantes Kapital“ und „soziales variables Kapital“ bezeichnet. Der wichtigste ökonomische Unterschied findet sich nach O'Connor zwischen den „indirekte produktiv“ auf die Mehrwertproduktion wirkenden Staatsausgaben für „Sozialkapital“ und den völlig „unproduktiven“ Staatsausgaben für „Soziale Unkosten“. (10) Das langfristige absolute wie relative, wenn auch sehr ungleichmäßige Wachstum aller Kategorien und Subkategorien von Staatsausgaben in hochentwickelten kapitalistischen Ländern läßt sich nach O'Connor nicht allein mit „ökonomischen Faktoren“ oder immanenten Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktion erklären. Vielmehr erzeuge die kapitalistische Akkumulation, vor allem die Entwicklung des Monopolsektors nur „gesellschaftliche Bedürfnisse“ für bestimmte staatliche Aktivitäten. „Die eigentlichen Mechanismen aber, die diese Bedürfnisse in materielle Produktion .. umwandeln, sind sehr verschieden von den Mechanismen, die den privaten Markt beherrschen ... Die staatliche Administration organisiert die Produktion als Ergebnis einer Reihe von politischen Entscheidungen.“ /80, 45, 107 u.ä.) Als strukturelle Determinanten dieser politischen Entscheidungsprozesse, deren fertiges Resultat der jeweilige Staatshaushalt ist, betrachtet O'Connor 1. das jeweilige Verhältnis zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse und 2. das Verhältnis zwischen der Kapitalistenklasse und dem Staat. Ersteres erscheint ihm zumindest in den USA geprägt durch eine fundamentale Spaltung der Arbeiter- wie der Kapitalisten-

9 Ebenda, S. 21 ff., 28 ff. Die San Francisco Bay Area Kapitalistate Group hält dies für seinen wichtigsten Beitrag. Vgl. die Rezension von O'Connors Buch: San Francisco Bay Area Kapitalistate Group: „The Fiscal Crisis of the State: A Review“, in: *Kapitalistate* No. 3, Spring 1975, S. 150, 152.

10 J. O'Connor, a.a.O., S. 15, 17. Diese Hauptkategorien unterteilt O'Connor weiter in zahlreiche Subkategorien nach höchst unterschiedlichen Kriterien.

klasse, der eine relativ dauerhafte „Klassenallianz“ zwischen der neuen, gewerkschaftlich hochorganisierten, hochqualifizierten „Arbeiteraristokratie“ und dem Monopolkapital im Monopolssektor entspreche. Diese Spaltung werde gerade durch den politischen Kampf um die Ausgabenpriorität des Staatshaushalts und um die Steuerlastverteilung vertieft. (53 ff., 43 ff./ Zum zweiten geht er davon aus, daß es „keinen notwendigen und direkten Zusammenhang zwischen der ökonomischen Macht und den Bedürfnissen des Monopolkapitals und den Prioritäten der staatlichen Haushaltspolitik“ gibt /80 f./ Vielmehr gebe es einerseits beständige Auseinandersetzungen zwischen vielen rivalisierenden Interessengruppen und vielen einzelnen staatlichen Bürokratien, als deren absichtsloses Resultat erst ein Gesamtinteresse der „Klasse der Monopolkapitalisten“ unter wesentlicher Mitwirkung der staatlichen Bürokratien aus den vielen Sonderinteressen herausgefunden werde. Andererseits seien zahlreiche staatliche Stellen beständig mit der Regulierung aktueller oder potentieller Klassenkonflikte befaßt, so daß ihre Tätigkeit mit darüber bestimmt, wieweit jeweils das Gesamtinteresse der Monopolkapitalisten sich gegenüber anderen Klasseninteressen durchsetzen läßt. Soweit sei der bürgerliche Staat nicht als ein „Instrument“, sondern als eine „Struktur“ des gesellschaftlichen Lebens zu betrachten. Allerdings sei diese Struktur funktional eindeutig bestimmt: Sie habe einerseits die Bedingungen erweiterter Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft — d. h. die Bedingungen profitabler privater Kapitalakkumulation — zu erhalten oder zu schaffen und andererseits Bedingungen für sozialen Frieden in dieser Gesellschaft zu erhalten oder zu schaffen — was O'Connor als Akkumulations- und Legitimationsfunktion des bürgerlichen Staates bezeichnet. /83, 84, 86 f./ Die Prioritäten der staatlichen Budgetpolitik beruhen zwar immer noch auf „einem Gemisch aus Bedürfnissen, die von Klassen- und Sonderinteressen geprägt sind.“ Aber je größer der Einfluß der Exekutiven auf die Budgetpolitik, desto mehr würden die staatlichen Budgets aufgrund der personellen Verflechtung zwischen monopolkapitalistischen Interessengruppen und staatlichen Bürokratien den Bedürfnissen der „Klasse des Monopolkapitals“ angepaßt — und umso tiefer und auswegloser werde die Finanzkrise des Staates. /100, 102 f., 105 f./

Kann die in ihren Hauptthesen skizzierte Untersuchung O'Connors zum theoretischen Ausgangspunkt von Untersuchungen der Haushaltspolitik des bürgerlichen Staates etwa in der BRD genommen werden? Sind mit dieser Pionierarbeit die Probleme einer marxistischen Budgetanalyse so weit abgeklärt, alle früheren marxistischen Versuche so weit überwunden, daß sie nunmehr eine „vergleichbare Studie über die Bundesrepublik herausfordert“? (11) Schon das

11. R. Hickel: „Krisenprobleme des verschuldeten Steuerstaates“, in: R. Hickel (Hrsg.): Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M. 1976, S. 22. Vgl. auch als „Anwendungsbeispiel“: C. Offe/V. Ronge: „Fiskalische Krise, Bauindustrie und die Grenzen staatlicher Aufgabenerationalisierung“, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2(1973), S. 189 ff. — O'Connor verweist allein auf Rudolf Goldscheid als theoretischen Vorläufer. Dessen Arbeit „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft vom Standpunkte der Soziologie“, zuerst veröffentlicht in: Handwörterbuch der Finanzwissenschaft, Band 1, Tübingen 1926, zitiert er nur nach einem in englischer Sprache erschienenen kurzen Auszug: „A sociological approach to Problems of Public Finance“, in: Classics in the Theory of Public Finance, hrsg. von Richard A. Musgrave/Allen T. Peacock, New York 1967. Die älteren marxistischen, überwiegend deutschsprachigen Arbeiten — von Bernstein, Kautsky, Renner, Varga, Kuczynski, Ströbel u.a. — scheint er nicht zu kennen.

analytische Kernstück der Arbeit, die von O'Connor vorgeschlagene systematische Klassifikation der Staatsausgaben, fordert gerade wegen ihrer marxistischen Terminologie Kritik heraus. O'Connor unterscheidet die Staatsausgaben sowohl nach den beiden hauptsächlichsten Staatsfunktionen als auch nach ihrer ökonomischen Wirkung, ihrem Produktivitätseffekt für das Kapital, und kombiniert beide Unterscheidungen mit der Behauptung, daß sie sich entsprechen. Mithin wären also alle indirekt produktiven Ausgaben des Staates für Sozial-Kapital zugleich Ausgaben, die der „Akkumulationsfunktion“ des Staates dienen, während nur die unproduktiven Ausgaben für soziale Unkosten zur Erfüllung seiner „Legitimitätsfunktion“ beitragen. /16 f./ Diese Zuordnung ist dazu angeht, die ökonomische Unterscheidung der Staatsausgaben zu verwirren. Denn es ist keineswegs unmittelbar einleuchtend, daß Staatsausgaben, die indirekt produktiv für bestimmte Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wirken, nicht zugleich auch legitimierend, d.h. die Loyalität der Masse der Bevölkerung gegenüber dem kapitalistischen System erhaltend oder gar auch verbreitend und vertiefend wirken können — wie das etwa bei einer erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik der Fall sein müßte. Ebenso wenig ist einzusehen, warum ökonomisch unproduktive Staatsausgaben nicht funktional notwendig sein sollten für die fortgesetzte, profitable Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals — wie etwa Ausgaben des Staates zur Erhaltung der industriellen Reservearmee im arbeitsfähigen Zustand. Warum sollen ferner alle diejenigen Staatsausgaben, die indirekt produktiv wirken für bestimmte Kapitalien, unter allen Umständen auch der Akkumulationsfunktion des Staates dienen? Wenn jede staatliche Ausgabe, die für irgend einen Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals profitabel ist, zugleich auch funktional notwendig sein sollte für profitable Kapitalakkumulation auf gesellschaftlichem Maßstab, so müßte entgegen O'Connors Staatsauffassung der bürgerliche Staat einfach als Selbstbedienungsladen für beliebige Kapitalistengruppen betrachtet werden. Er würde seiner Funktion immer gerecht, gleichgültig welche Gruppe von Kapitalisten in welcher Weise von seinen Ausgaben profitierte, solange nur irgendeine profitierte. Konflikte zwischen Kapitalistengruppen um die Verteilung von Staatsausgaben, die in verschiedener Weise und verschiedenem Grad „profitabel“ wirken, werden so analytisch ausgeblendet. Wird weiter die Parallele zwischen unproduktiven und rein legitimatorischen Staatsausgaben festgehalten, so drängt sich immer der falsche Schluß auf, bestimmte Ausgaben des Staates wirkten deshalb unproduktiv, weil sie einer politischen, legitimatorischen oder auch repressiven Staatsfunktion dienten. Dieser weit verbreitete Fehlschluß, dem die meisten marxistischen Urteile über die Ausgaben des Staates für seine „repressiven“ Apparate (Polizei, Militär, Justiz) oder im Sinne von O'Connors Interpretation der Legitimationsfunktion: für die „ideologischen“ Staatsapparate erliegen, demonstriert nur ein heimliches Vorurteil über minder- bzw. höherwertige Staatsfunktionen, statt zur Analyse der ökonomischen Wirkungen verschiedener Staatsausgaben im Akkumulationsprozeß des Kapitals beizutragen. /16, 17, 191 f./

Aber auch soweit er nur die ökonomische Verschiedenartigkeit von Staatsausgaben unabhängig von Funktionen, deklarierten Ausgabebezwecken oder Motiven der Befürworter und Bewilliger festzustellen sucht, bleibt O'Connors Klassifikationsversuch fragwürdig. Er unterscheidet zwischen „indirekt produktiven“ und „nicht einmal indirekt produktiven“ Staatsausgaben. Warum sollen Staatsausgaben nie und nimmer auch direkt produktiv wirken können? Was macht den Unterschied zwischen staatlichen und privaten Ausgaben mit „indirektem“ Produktivitätseffekt aus? Welcher Art sind die Umwege, auf denen die „Produkti-

vitätsfekte" staatlicher Ausgaben zum Tragen kommen? Vor allem: Worauf wirken Staatsausgaben „indirekt produktiv“, an welcher Bezugsgröße läßt sich ihr „Produktivitätseffekt“ ermitteln? O'Connor meint „Produktivität für das Kapital“, aber er nennt einmal „den Mehrwert“ (seine Rate oder Masse oder beides?) absoluten oder relativen?, zum anderen die „Rate des Profits“ (eines individuellen Kapitals, die Durchschnittsprofitrate eines Zweiges, die allgemeine Durchschnittsprofitrate eines Landes?) als Bezugsgröße; er deutet aber an, daß ebensogut auch die Veränderung des „volkswirtschaftlichen Surplus“ oder die Veränderung der „Steuerbasis“ — die nach seinen Andeutungen den Bruttoproduktionswert einer Jahresproduktion umfaßt — als Maßgrößen für die „Produktivität“ von Staatsausgaben in Frage kommen. (16, 17, 191 f., u. ö./ Immerhin ein nicht unbeträchtlicher Unterschied, ob Staatsausgaben die Masse des produzierten Mehrwerts, die Größe des Nationaleinkommens, die Größe des Produktionswerts des gesellschaftlichen Gesamtprodukts oder die Größe des realisierten Nettoprofits für industrielle Kapitalien tangieren. Wirken sie auf alle diese Größen ein, so wären diese unterschiedlich weit reichenden Wirkungen zumindest analytisch zu unterscheiden: Es wäre zu zeigen, daß und warum sich der bürgerliche Staat in der Regel an einem ganz bestimmten Konzept von „Produktivität für das Kapital“ als Effektivitätskriterium orientiert. Selbst wenn das Produktivitätskriterium bei O'Connor expliziert wäre, so hätte er damit noch nicht hinreichend begründet, warum es richtig ist, die Gruppe der „indirekt produktiven“ Staatsausgaben zugleich als Ausgaben für „Sozialkapital“ — etwa im begrifflich bestimmten Unterschied zu „privatem Kapital“ oder „staatlichem Kapital“ — zu bezeichnen, wenn dies mehr sein soll als eine bloße terminologische Reminiszenz an „grundlegende marxistische ökonomische Kategorien“. Daß bestimmte Staatsausgaben dazu dienen, gegenständliche Produktionsbedingungen, je nach Anwendungsbreite mehr oder minder „allgemein“, zu schaffen, die von privatkapitalistischen Produzenten genutzt werden — mehr oder minder gratis —, rechtfertigt noch keineswegs, von einem Kapitalverhältnis zwischen den kapitalistischen Nutznießern und bestimmten Gruppen der Staatsbeschäftigten oder Steuerzahler zu sprechen. Will man den Marxschen Begriff des Kapitals nicht einfach zum ökonomischen Namen für Produktionsmittel schlechthin degradieren, selbst wenn diese nur von Kapitalisten genutzt werden, so empfiehlt es sich, sehr genau anzugeben, unter welchen Bedingungen denn vom Staat geschaffene, unterhaltene oder restaurierte gegenständliche Produktionsbedingungen sich in Kapital verwandeln können bzw. müssen — auch wenn sie die besondere Form eines kollektiv genutzten „Gesellschaftskapitals“ annehmen. Ein bedeutender Teil der vom Staat verausgabten Geldsummen bzw. der vom Staat erstellten Produktionsmittel wird nie und nimmer als Kapital fungieren und kann dennoch höchst nützlich sein für die profitable Akkumulation von privatem (oder auch staatlichem) Kapital. Mit der auf den ersten Blick terminologisch konsequenten Unterscheidung O'Connors zwischen „sozialem konstantem Kapital“ und „sozialem variablen Kapital“ wird der begriffliche Rahmen der Marxschen Theorie gelinde gesagt überstrapaziert. Begrifflich kann „soziales variables Kapital“ nichts anderes bezeichnen als den Wert der Arbeitskraft von Staatsbeschäftigten, die von der Gesamtheit der privaten Kapitalisten kollektiv ausgebeutet werden, deren Arbeitsleistung also in den privaten Wertschöpfungs- und Wertverwertungsprozess eingehen mußte. Was O'Connor aber im Blick hat, ist nicht der Unterschied zwischen staatlichen Produktionsmitteln und staatlichen Lohnarbeitern, die von Privaten angewandt werden, sondern der Unterschied zwischen der Ökonomisierung von Kosten des konstanten und Kosten des variablen Kapi-

tals für private Kapitalisten infolge von Staatseingriffen, mithin eine, keineswegs die einzige Dimension von Produktivitätseffekten der Staatsausgaben. Selbst wenn sich darüber hinaus noch nachweisen ließe, daß Staatsausgaben mit diesen unterschiedlichen „Ökonomisierungseffekten“ nur im Wege der Übernahme privater Produktionskosten durch den Staat zustande kämen, wäre nicht abzusehen, warum nun für den Staat der Unterschied zwischen Wertübertragung und Wertschöpfung in seiner Ausgabenpolitik bestimmend werden müßte; umgekehrt: wie die Zurechnung dieser Ökonomisierungseffekte zu bestimmten Ausgabeposten analytisch oder empirisch möglich sein soll. Schwerer wiegt jedoch, daß O'Connor implizit seine gesamte Klassifikation zurücknimmt, sie für empirisch ungültig und analytisch unbrauchbar erklärt, indem er behauptet, daß aufgrund des „dualen und widersprüchlichen Charakters des kapitalistischen Staates“ wie des „gesellschaftlichen Charakters des Sozialkapitals und der sozialen Unkosten“ eigentlich keine konkrete Staatsausgabe einer Funktion oder einer Ausgabenkategorie zugeschlagen werden könne. Er schlägt vor, die Zuordnung jeder einzelnen Staatsausgabe nach den jeweils dominierenden „Absichten“ bzw. nach denjenigen „politisch-ökonomischen Kräften“, denen die jeweilige Budgetentscheidung hauptsächlich nützt, vorzunehmen. (12)

Damit wird anstelle der objektiven ökonomischen Wirkung die subjektive Absicht, der mehr oder minder bewußte, mehr oder minder deutlich ausgesprochene „Ausgabezweck“ zum einzigen Anhaltspunkt für eine empirische Einschätzung des Charakters von Staatsausgaben erklärt. Man hätte demnach nurmehr die konkreten Absichten der am politischen Gleichsetzungsprozess beteiligten Individuen, Gruppen, Verbände auszumachen und die jeweils dominierende herauszufinden, um die ökonomische Wirkung und Funktion einer Staatsausgabe zu bestimmen — aufgrund der wahrhaft heroischen Annahme, daß jede Staatsausgabe ebenso ökonomisch wirkt, wie von ihren Befürwortern beabsichtigt. Folglich wird auch die Untersuchung der Formulierung von „Absichten“, des Aushandelns von Kompromissen usw., also des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zum Hauptstück der Budgetanalyse. Allerdings denkt O'Connor gar nicht daran, sich nach seinem eigenen Vorschlag zu richten. Es bliebe außer Achtzahlung der rivalisierenden Absichten dann auch kaum mehr übrig, als immer wieder zu konstatieren, daß sich in der Regel die Absichten der ökonomisch mächtigsten Gruppen von Privatunternehmern im Budgetprozess durchsetzen, ohne zeigen zu können, wem und auf welche besondere Weise die von den Interessen der herrschenden Klasse motivierten Staatsausgaben nützen.

Das zentrale Theorem O'Connors von der Unvermeidlichkeit chronischer Finanzkrisen des bürgerlichen Staates erweckt in der von ihm vorgetragenen Form erhebliche Zweifel. So behauptet er in seiner Manier der terminologischen Anleihe unter Verzicht auf bestimmte Begriffsinhalte, daß die „Akkumulation des sozialen Kapitals“ ein Wachstum sowohl der privaten Kapitalakkumulation als auch des gesamten Budgetvolumens bewirke. Es fehlt dabei, wie er selbst zugesteht, jede detaillierte Untersuchung der Wirkungen wachsender Steuerausgaben für „Sozialkapital“ auf die private Kapitalakkumulation bzw. die private Konsumtion sowie umgekehrt jede Untersuchung der Wirkungen wachsender privater Kapitalakkumulation bzw. wachsender privater Konsumtion auf die Staatsausgaben. Es fehlt jede explizite Auseinandersetzung mit den Vorstellungen über Multiplikator- bzw. Akzeleratoreffekte privater oder staatlicher Investitions- und

Konsumausgaben in der herrschenden akademischen Nationalökonomie. (13) Da jede „Sozialisierung“ privater Produktionskosten über den Staatshaushalt — im Kontext der Marx'schen ökonomischen Theorie — ohne „Sozialisierung von privat produzierten und realisierten Werten undenkbar ist, wird jeder, der behauptet, daß Staatsausgaben nicht nur auf Kosten von privaten Ausgaben gesteigert werden können, sondern daß die einen wie die anderen zugleich wachsen können und müssen, unweigerlich vor die Frage gestellt, woher denn die Gegenwerte dieser Staatsausgaben jeweils stammen, kurz: wem der Staat nimmt, was er verausgabt und woher er es nimmt! Die allgemeinste Voraussetzung für erfolgreiche „Sozialisierung“ von privatkapitalistischen Produktionskosten ist, daß der größte Teil der Staatsausgaben, die an die Stelle privater Investitionen treten, nicht aus Steuerabzügen vom Bruttoprofit stammen, die den privat verfügbaren Akkumulationsfonds verringern, sondern aus Steuerabzügen vom Arbeitslohn finanziert werden. Notwendige Bedingung für positive Wachstumseffekte von Staatsausgaben auf die private Kapitalakkumulation ist eben nicht nur die Vergrößerung der für private Unternehmen nutzbaren Produktionskapazitäten, sondern ebensosehr eine absolut und relativ zur Kapitalistenklasse wachsende Steuerbelastung sämtlicher nicht-kapitalistischer Schichten der Bevölkerung — die aber zugleich die Massenkaufkraft für den Konsumgütermarkt beschneidet. Soll also sowohl die private Kapitalakkumulation als auch die private Konsumtion bei steigenden Staatsausgaben für „Sozialkapital“ steigen, so muß zuvor die Masse des produzierten, realisierten und besteuerten Mehrwerts oder die Summe der Arbeitseinkommen um so stärker wachsen. Wenn dies nicht der Fall ist, können steigende Staatsausgaben auch die Gesamtnachfrage nicht erhöhen, sondern nur der Struktur nach verändern — solange keine massive Krediterschöpfung durch den Staat stattfindet. (14) Es gibt jedenfalls keinen „Evidenzbeweis“ dafür, daß wachsende Staatsausgaben zugunsten der privatkapitalistischen Produktion mehr bewirken, als die Profiteure für einige Kapitalgruppen mehr oder minder zu erhöhen, nämlich alle oder die meisten kapitalistischen Privatunternehmen zu Erweiterungsinvestitionen zu veranlassen. Die Vergrößerung des Angebots an bestimmten Staatsleistungen — hier: für kapitalistische Produktion nutzbaren Produktionsmitteln — vergrößert unmittelbar nur die staatliche Nachfrage für bestimmte kapitalistisch produzierte Waren und bestimmte Arbeitskräfte, wird also je nach der konjunkturellen Situation der kapitalistischen Gesamtwirtschaft und andererseits je nach der Größe des Kreises der potentiellen kapitalistischen Nutznießer zu mehr oder minder umfangreicher Kapitalakkumulation in einigen Industriezweigen führen und zugleich einen mehr oder minder bedeutenden Teil der industriellen Reservearmee in Staatsbeschäftigte verwandeln, also das Arbeitskräfteangebot für privates Kapital reduzieren. Unter sehr speziellen Umständen können wachsende „indirekt produktive“ Staatsausgaben ohne Veränderung der Steuerlastverteilung zwischen den Klassen die Steuerträge für den Fiskus dermaßen erhöhen, daß sie sich quasi selbst finanzieren. Wegen seiner falschen Abstraktion von der Finanzierung der „sozialisierten“ Produktionskosten versäumt O'Connor zu zeigen, daß dies nie oder nur ausnahms-

13 Ebenda, S. 319 Fn. 14, 347 Fn. 1. Vgl. O'Connors Aufsatz: „Scientific and Ideological Elements in the Economic Theory of Government Policy“, in: E.K. Hunt/J.S. Schwartz (eds.): *A Critique of Economic Theory*, Harmondsworth 1972, S. 367 ff., vor allem 385-387.

14 Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 320, Fn. 16. Danach erwartet er neben der „ökonomisierung“ von konstantem Kapital auch eine für die Akkumulation des Kapitals effektive Verwendung von „sozialisierten“ Mehrwertteilen durch den Staat.

weise geschehen kann. (15)

Werden schon die Wirkungen wachsender Staatsausgaben auf die private Akkumulation von O'Connor eher in suggestiven Redewendungen umschrieben als analysiert, so bleibt auch der Vorgang der „Übertragung“ von Akkumulationskosten auf den Staat höchst unklar. Will man nicht alles, was im Verhältnis zwischen bürgerlichen Staaten und Großunternehmen gegenwärtig übliche Praxis ist, zum objektiven ökonomischen Erfordernis stilisieren, bleibt der Erkenntniswert der Versicherung, daß gerade die fortschreitende Monopolisierung die „Sozialisierung“ von Kosten und Unkosten kapitalistischer Expansion immer notwendiger mache, äußerst fragwürdig. Daß die kapitalistische Produktion immer stärker „interdependent“ geworden sei — eine formelhafte Rede für die zunehmende gesellschaftliche Teilung der Arbeit — erklärt keineswegs schon, warum die Monopole oder besser die modernen Großkonzerne in wachsendem Maße staatlicher Intervention bedürfen, um mit den immanenten Problemen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses fertig zu werden. Es erklärt noch nicht, warum der Staat überwiegend zugunsten des „Monopolsektors“ tätig wird und nicht etwa zugunsten des „Wettbewerbssektors“, in dem kleine Unternehmer und Lohnarbeiter nach O'Connor die Hauptlast der Monopolisierung tragen, warum also die einmal fest etablierten Staatsstätigkeiten in der Regel einem höchst einseitig interpretierten „gesellschaftlichen Bedürfnis“ gehorchen. /39, 40 ff./ O'Connor sieht das Problem, das in der Feststellung und Erweiterung „legitimer Staatsaufgaben“ und damit zugleich in der Vernachlässigung anderer ebenso „objektiver“ gesellschaftlicher Bedürfnisse liegt, die nicht als Staatsaufgabe im politischen Prozeß gesellschaftliche Anerkennung finden, sehr wohl. Keineswegs behauptet er, daß die Staatsausgaben kumulativ wachsen in der Art eines „ökonomischen Naturgesetzes“. Seine Lösungsversuche halten sich aber eher im Rahmen kurzer Ausflüge in die Geschichte des US-Staates, in denen er auf erklärende Hypothesen weitgehend verzichtet. /35 ff., 45 ff./ Die Erwartung, daß er eine hinreichende Erklärung des Wachstums der Staatsausgaben aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals in einer stark monopolisierten kapitalistischen Wirtschaft liefert, bleibt so unbefriedigt.

Die eigentliche Schranke für die Aneignung eines absolut und relativ wachsenden, zur Bezahlung der wachsenden Staatsausgaben hinreichend großen Teils des wachsenden gesellschaftlichen Wertprodukts durch den bürgerlichen Staat liegt nach O'Connor in der privaten Aneignung der Profite, insbesondere in Form von „Monopolprofiten“ /20 f./ O'Connors Ansichten über die möglichen Quellen der staatlichen Steuereinnahmen sind höchst uneinheitlich: Mal ist es der Baransche „volkswirtschaftliche Surplus“, mal ist es der Mehrwert, mal sind es auch Teile des variablen und konstanten Kapitals, mal Teile des Arbeitslohns, die der bürgerliche Staat sich via Steuern aneignen vermag /320/. So fehlt jede Erörterung der langfristigen Entwicklungstendenzen dieser verschiedenen Steuerquellen in Abhängigkeit vom Wachstum der Staatsausgaben und der Akkumulation des Kapitals. Ebenso wenig findet sich eine Untersuchung der Entwicklung des Steueraufkommens aus diesen verschiedenen Quellen in Abhängigkeit von der Entwicklung des Steuersystems in kapitalistischen Staaten. Daß gerade mit dem durch wachsende Steuerausgaben beschleunig-

15 Im Aufsatz von 1970 bemüht sich O'Connor noch, die Produktivitätseffekte von Staatsausgaben bezogen auf die von P.A. Baran eingeführten Größen des „aktuellen“ und „potentiellen“ ökonomischen surplus zu demonstrieren. Vgl. J. O'Connor: „The Fiscal Crisis of the State“, Part II, in: *Socialist Revolution* No. 2, February 1970, S. 75, 77 ff.

ten Akkumulationsprozeß des Kapitals auch die „Steuerbasis“, d.h. die Gesamtheit aller besteuerten Teile des Gesamtprodukts einer kapitalistischen Volkswirtschaft, wächst, scheint auch O'Connor zu vermuten. Das einzige Argument für seine Annahme, daß das absolute Wachstum des Steueraufkommens immer hinter dem Wachstum der Staatsausgaben zurückbleibt, steckt in dem von ihm als „Steuerausbeutung“ bezeichneten Sachverhalt: Zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse, insbesondere der „Klasse der Monopolisten“, finde eine höchst ungleiche Verteilung der Steuerlast statt. Es heißt wieder nur eine Ausdrucksweise strapazieren ohne Rücksicht auf die etwa von Marx recht eindeutig bestimmten Begriffsinhalte, wenn eine ungleiche Steuerlastverteilung zwischen verschiedenen ökonomischen Klassen als „Steuerausbeutung“ firmiert, ohne daß die Art des ökonomischen Verhältnisses zwischen den verschiedenen Klassen von Steuerzahlern bzw. zwischen dem bürgerlichen Staat und bestimmten Klassen von Steuerzahlern näher untersucht wird. Wenn alle Mitglieder aller Klassen sich prinzipiell in der gleichen Weise — wenn auch mit sehr unterschiedlichem Erfolg — in den „Steuerkämpfen“ zueinander verhalten, wenn alle die — in der Tat sehr ungleich große — Chance der Steuerüberwälzung, Steuervermeidung oder gar -hinterziehung haben, läßt sich zwar Chancenungleichheit vor allem zu Ungunsten der proletarischen Steuerzahler, aber keineswegs ein „Ausbeutungsverhältnis“ zwischen den Steuerzahlern konstatieren. Eine im Kontext der Marx'schen Theorie sinnvolle Rede von „Steuerausbeutung“ erfordert zum mindesten eine Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich die Werte schafft, die sich der Staat in der Form von „Steuern“ aneignet, wessen Arbeit es ist, die den Staat reproduziert, wie und wo dieser Teil der notwendigen Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft geleistet wird (16).

O'Connors Argument, daß die Arbeiterklasse die Hauptlast aller Steuern trägt, weil sie erstens die Hauptmasse der Einkommensteuerpflichtigen stellt, zweitens alle direkten Körperschafts- und Vermögenssteuern von den Kapitalisten über erhöhte Warenpreise, Mieten und Pachten auf Käufer und Mieter, deren Gros jeweils wieder die Arbeiterklasse bildet, überwälzt würden, drittens die Chancen zur Steuervermeidung und -hinterziehung für die Kapitalisten sehr groß, für die Arbeiter marginal seien /248 ff./, erscheint plausibel. Aber weder versucht er einen empirischen Nachweis der klassenmäßigen Steuerinzidenz, noch kann seine Analyse der Steuerüberwälzungskämpfe befriedigen, in denen die Kapitalisten keineswegs als Block, sondern vor allem als Konkurrenten agieren, die ebensosehr Steuern zu überwälzen wie von anderen überwälzte Steuern zu vermeiden suchen und in denen auch die Lohnarbeiter nicht gänzlich wehrlos sind. Da er hierbei wieder von den Rückwirkungen der verschiedenen Staatsausgaben auf Einkommen und Arbeitsproduktivität der verschiedenen Klassen von Steuerzahlern abstrahiert und damit die von ihm wiederholt zitierte methodische Anweisung Goldscheids in den Wind schlägt, muß er auch die Antwort auf die für eine marxistische Untersuchung der Steuerlastverteilung zentrale Frage schuldig bleiben: wie nämlich auf Dauer Steuerabzüge vom Arbeitslohn, die das Lohninkommen unter das Niveau des Werts der Arbeitskraft drücken, verkraftet werden können, ohne daß kompensierende Staatsausgaben zugunsten der Arbeiterklasse absolut und relativ wachsen, ohne daß mit der Steuerbe-

16 Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 244 ff. In wiederholten Wendungen sucht O'Connor den Klassencharakter der Steuern zu beschwören, ohne jedoch den Zusammenhang von Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft, bürgerlichem Klassenstaat und Struktur und Wirkungsweise der modernen Steuersysteme auf präzise analytische Begriffe zu bringen.

lastung zunehmende Lohnsteigerungen der Erhöhung der Nettoprofitraten wie der entgegenwirken usw. Dies dahingestellt und von seiner fragwürdigen Erklärung der Grenzen der Staatsverschuldung mit dem „Unwillen“ der Finanzkapitalisten abgesehen, spitzt sich die Frage nach den Gründen für die Unzulänglichkeit der staatlichen Steuereinnahmen zu auf die Frage, ob und wie weit die Steuerbelastung der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen langfristig gesteigert werden könnte. Wieder mit konsequent falscher Abstraktion von der Steuer Verwendung rettet sich O'Connor in die Behauptung, die „Hauptschranken“ der Besteuerung seien „politischer Natur“. (17) Das will sagen: Die steuerliche „Leistungsfähigkeit“ der Lohnarbeiter — wie auch der übrigen Klassen der Steuerzahler — wird von ihren „Erwartungen“ dem Staat gegenüber, ihren „Ansprüchen“ an den Staat bestimmt oder ist davon abhängig, ob sie in ihrer Mehrheit die Steuern im Verhältnis zu den Leistungen des Staates als „zu hoch“ und „ungerecht“ empfinden. Indikator dieses Gefühls soll der Steuerwiderstand sein, der von seiner „normalen“ rein ökonomischen Form bei „guter Steuermoral“ bis zu offener politischer „Steuerrevolte“ gegen den Staat gehen kann.

Mit derselben Begründung nimmt O'Connor auch seine Rede von der „chronischen Finanzkrise“ zurück, ohne zu erwägen, unter welchen Umständen ein chronisches und wachsendes Haushaltsdefizit tatsächlich zum „Staatsbankrott“ oder zu einer anderen Form ökonomischer Krise führen könnte. Solange das „Niveau des politischen Bewußtseins“ nicht hinreicht, um die Masse der Steuerzahler, die ja gleichzeitig auch die „Konsumenten von Staatsleistungen“ sind, dazu zu veranlassen, ihre unerfüllten „Anforderungen“ an den Staat in „politischen Kämpfen“ durchzusetzen, bleibe die Finanzkrise mehr oder weniger „latent“. Akut werde sie nur als politischer Kampf gegen die „Steuerausbeutung“, als Steuerrevolte der Masse der Steuerzahler. /271, 273 ff./ Die „Finanzkrise“ erweist sich damit nur als ein anderer Name für die Konflikte zwischen dem Staat und den Steuerzahlern, dem Staat und seinen Beschäftigten, den Staatsbeschäftigten und ihren „Klienten“ — und in der Tat ist es die politische Intention des Buches, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Linken auf diese Konflikte, die überwiegend als „Randgruppenprobleme“ wahrgenommen wurden, als mögliche Klassenkonflikte zu lenken.

Leider erliegt O'Connor der Suggestion seiner eigenen Formel von der Finanzkrise, wenn er behauptet, das krisenhafte Moment von Steuerrevolten, Studentenrevolten, Revolten der Wohlfahrtsempfänger, Streiks der Staatsbeschäftigten usw. liege darin, daß die Verschleierung der Steuerausbeutung, der Ausgabenverteilung zugunsten der Monopolkapitalisten usw. durchbrochen würde — in diesem Sinne wäre die Finanzkrise also eine Legitimationskrise, der Staat hätte in seiner Legitimationsfunktion versagt. Andererseits aber muß er

17 Ebenda, S. 282. Mehrfach betont auch O'Connor die methodische Forderung Rudolf Goldscheids, anstelle der üblichen Zerreißung des Gegenstandes in „Einnahmen“ und „Ausgabenlehre“, die in der herrschenden akademischen Finanzwissenschaft üblich ist, die Steuerwirkungen nur im Zusammenhang von Steuerlastverteilung und Steuerwendung zu betrachten — ohne sich allerdings an den entscheidenden Stellen danach zu richten. Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 153, 284 u.ö. Ihn trifft damit Kautskys Vorwurf: „Eine jede Betrachtung einer Steuer ist einseitig, die von ihrer Verwendung abstrahiert.“ Karl Kautsky: „Sozialdemokratische Steuerpolitik“, in: Die Neue Zeit 1916, S. 739. Goldscheid spitzt seine Ansicht zu dem Merksatz zu: „Die Produktivität der Staatsentnahmen entscheidet sich an dem Maß der Produktivität der Staatsausgaben.“ Rudolf Goldscheid: „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft“, wieder abgedruckt in: Rudolf Hickel (Hrsg.), a.a.O., S. 306.

immer wieder konstatieren, daß diese Konflikte, so politisch sie auch artikuliert werden, doch in ganz ideologischen Formen befangen bleiben — etwa als Kämpfe um mehr „Steuerberechtigung“ —, keineswegs als Klassenkämpfe geführt werden und eher eine immer weitere Zersplitterung gerade der Arbeiterklasse in rivalisierende Interessengruppen, die alle nur „ihre“ Forderungen an den Staat durchzusetzen suchen, bewirken und so die Legitimation des bestehenden kapitalistischen Systems eher stärken als unterhöhlen. /275 ff./ Die suggestiven Redeformeln von einer „neuen Erscheinungsform“ des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise oder der Klassenkämpfe können auch O'Connor selbst nicht darüber hinwegtäuschen, wie wenig krisenhaft die politischen Kämpfe um die Staatsfinanzen wirken — solange sie in langanhaltenden Prospektionsperioden, scheinbar unberührt vom Gang des industriellen Zyklus vor sich gehen.

Michael Krätke

Was kostet ein Walraff? * Bei uns 17,5 Pfennige.

*Günter Walraffs Bericht über seine Erlebnisse in der »Bild«-Redaktion war einer von 240 Autoren-Beiträgen, die den KONKRET-Abonnenten 1977 für 42 Mark frei Haus geliefert wurden.

Zum Beispiel:

Alfred Andersch über die Neutronenbombe / Klaus Traube über den Überfall auf den Jugendhof Odenthal / Walter Boehlich über Schleyers Kinder / Gerhard Zwerenz über den denkenden Fußballer Sigi Heid / Horst Holzner über den Privatangriff aufs Fernsehen / Martin Waiser über Ernst Bloch / Wolfgang Harich über ein Entwicklungsmodell aus der Dritten Welt / Santiago Carrillo über Eurokommunismus und Staat / Alexander Kluge über den anstrengenden Realismus / Rudi Dutschke über den realen Sozialismus / Henning Venske über die dummen Kommentare des Herrn Lueg / Robert Gernhardt über Bella Italia / Reinhard Kühni über die Ökonomie des Faschismus / Peter Paul Zahl über die Alltäglichkeit der Folter / Ernest Mandel über den Fall Mandel / Bernt Engelmann über die neue Leithargie / Günter Herburger über die Kooperative Schafskopf / Hermann Peter Piwitt über den Mord an Ponto / Hans Christoph Buch über ein Gasmahl bei Kohls / Peggy Parnass über sympathisierende Richter / Alexander v. Hoffmann über die Arbeitsscheu der besseren Herrn / Henryk M. Broder über den Deutschen Film / Günter Amendt über den Mißbrauch von Drogenabhängigen / Karl W. Pawek über Berlinguers Weg zum Kommunismus / Gerd Fuchs über den men-

schenverachtenden Kulturbetrieb / Peter Hamm über Elias Canetti / Klaus Staack über John Heartfield / Hans Heinz Heldmann über ein Gericht im Geifer des Gerechtes / Wolfgang Abendroth über den Verfassungsschutz / Wolfgang Fritz Haug über ein Leben in der Arbeiterbewegung / Robert Jungk über den Atomstaat und die sanfte Tyrannei / Kurt Blüchel über die Medizin-Mafia / Reinhard Lettau über Deutschland als Ausland / Michael Scharang über die ausgetarnten Wünsche der Bourgeoisie / Herbert Gruhl über den kommunistischen Ökologen Harich / Walter Jens über KONKRET und Reich-Ranicki / Horst Tomayer über seine Radtour von Westberlin nach Hamburg / Loni Mahlein über bürgerliche Heilslehren / Ernest Borneman über die Normalität der Neureisen / Urs Jaeggi über eine 4. Partei / Winfried Thomsen über den atomaren Stammbaum / Karl-Heinz Hansen über die Grenzen sozialdemokratischer Selbstachtung / Yaak Karsunke über Christian Geißler / KONKRET-Interviews mit Klaus Uwe Benneter / Gilles Martinet / Alice Schwarzer / Ciodomiro Almejda / Luis Corvalan / Wolf Biermann / Heinrich Albertz / Detlev Abers / Freimut Duve / Peter Schütt / Ilse Reichel.

Jetzt ist wieder Schlips- und Socken-Zeit. Lassen Sie andere für HÄUSE und FüÙE sorgen. Denken Sie an die Köpfe. Verschenken Sie ein KONKRET-Abonnement.

Sie sollen dabei nicht leer ausgehen: Als Dankeschön für diesen neuen Abonnement schenkt Ihnen KONKRET eins der hier abgebildeten Bücher oder die LP »Bella Ciao« von Trikont mit Liedern aus dem antifaschistischen Widerstand (italienische Originalplatte) oder die beiden ersten Jahrgänge von Monthly Review im Sammel-schuber.



Ausschneiden und absenden an:
KONKRET, Rentzeistr. 7, 2000 Hamburg 13
 Ein Jahresabonnement KONKRET möchte ich

Herr/Frau/Fr.,
 Straße
 PLZ/Wohnort

ab _____ (Monat/Jahr)

zu Weihnachten schenken.

Als Prämie wünsche ich mir
 Illust. Kultur- u. Sittengeschichte des Proletariats
 CIA-Report
 den neuen Halbritter
 Böll/Staack: Gedichte/Collagen
 LP Bella Ciao
 Monthly Review 1-4-2 Kpl
 Lesagen der Sozialität

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Wohnort, Telefon (unvollständig)

Meine Anschrift:
 Name:
 Straße:
 PLZ/Wohnort:
 (Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt, während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Rentzeistr. 7, 2000 Hamburg 13

Datum _____ Unterschrift _____

